

Christian Felber

Kooperation statt Konkurrenz

10 Schritte aus der Krise

Finanz- und Wirtschaftskrach, Klimakatastrophe,
Demokratieverfall - wie wir mit Kooperation und mehr Demokratie die Krise meistern!
»Christian Felber beschreibt klug und präzise die Wirtschaftskatastrophe, die uns die Beutejäger
des globalisierten Finanzkapitals und ihre neoliberale Wahnidee beschert haben. Er zeigt aber
auch den Weg, den die krisengeschüttelten Demokratien, dank kollektiver Mobilisierung,
gemeinsam gehen müssen, um endlich eine zivilisierte, vernunftbestimmte, solidarische
Gesellschaft zu erschaffen.« *Jean Ziegler*

Vorwort

Krise macht kreativ. Neue und vertraute Rezepte werden aus den Schubladen gezogen, ein heftiger Kampf um die Deutung des Geschehens ist entbrannt. Die einen schieben dem Staat die Schuld in die Schuhe. Die anderen sehen den Beweis erbracht, dass Märkte nicht funktionieren. Manche mahnen zur Rückbesinnung auf die gute alte soziale Marktwirtschaft, andere wollen sie zur ökosozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln, und wieder andere haben vom Kapitalismus endgültig die Nase voll. Was tun?

Am Beginn dieses Buches steht eine tiefgehende Analyse, die nicht nur die unmittelbaren Krisenauslöser für die Subprime- Hypotheken-Krise beleuchtet, sondern dem nun schon zwei Jahrzehnte währenden intensiven Krisengeschehen auf den globalen Finanzmärkten auf den - systemischen - Grund geht.

In der Folge werden die Löschaktionen und Krisenbekämpfungsmaßnahmen von Regierungen und Notenbanken unter die kritische Lupe genommen: Geldspritzen, Zinssenkungen, Bankenrettungspakete und Konjunkturprogramme. Diese offiziellen Maßnahmen werden mit unkonventionellen Alternativen kontrastiert.

Der dritte Abschnitt gilt der völligen Neugestaltung der Finanzmärkte, um diese auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückzubringen und künftige Krisen zu vermeiden. Die Chancen, dass die Regulierungen diesmal halten oder überhaupt gelingen werden, stehen schlecht. Denn anders als nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es heute ein gigantisches globales Finanzvermögen, das auf seine Rechte pocht und Druck ausübt. Im Jahr der Krise erreichte das globale Finanzvermögen das Dreieinhalbfache der Weltwirtschaftsleistung. Will es nur mit bescheidenen vier Prozent vermehrt werden, müsste die Weltwirtschaft allein dafür um vierzehn Prozent wachsen. Alternativ zu solch inflationärem und

unökologischem Wachstum bleiben nur Umverteilung von den Nichtkapitalbesitzenden zu den Kapitalbesitzenden - oder Blasenbildung: die nächste Krise.

Deshalb bleibt dieses Buch nicht bei der Regulierung der Finanzmärkte stehen, sondern geht darüber hinaus. Neben der Notwendigkeit, das Geld zu entmachten, und der Idee einer »Demokratischen Bank« wird ein »dritter Weg« jenseits von Kapitalismus und Kommunismus vorgestellt. Die Leserinnen werden darüber hinaus eingeladen, sich eine Wirtschaft ohne traditionelle Geldwährung zumindest vorzustellen. Das Denken soll durch die Lektüre frei werden.

Zentrales Anliegen des Buches ist das persönliche Handeln. Im vierten Teil, der den Untertitel trägt, werden *zehn Schritte formuliert, die jeder und jede selbst tun kann*, damit wir nachhaltig aus der Krise kommen. Doch freuen Sie sich nicht zu früh, denn diese Angebote sind kein Honiglecken und keine schöngeistigen Konsumartikel: Sie erfordern Mut, Achtsamkeit, demokratische Verantwortung, ökologische Empathie und soziale Kompetenz!

Freiheit

Im Kapitalismus beutete der Mensch den Menschen aus.

Im Kommunismus ist es genau umgekehrt.

John Kenneth Galbrath

Der Westen hat die Freiheit verspielt

Und der Osten die Gerechtigkeit

Friedrich Dürrenmatt (damals)

(heute würde er sagen: *Wesen wie Osten haben Freiheit und Gerechtigkeit verspielt!*)

Theodora Mis

1. Nein zur Ohnmacht! Ja zur Verantwortung!

Trotz dieser Fülle von Vorschlägen werden sich einige Leserinnen fragen, was sie denn ganz persönlich dazu beitragen können, dass sich die Welt zum Besseren wende. Dieser letzte Abschnitt will zehn Schritte für das persönliche Handeln anbieten. Der erste Schritt ist die Überwindung der eigenen Ohnmacht. Denn obwohl viele Menschen der Ansicht sind, dass die Dinge sich in die falsche Richtung entwickeln, tun sie nichts dagegen, weil sie sich unfähig fühlen, etwas zu verändern. Sie stehen »dem System«, »der Globalisierung« und »den Finanzmärkten« hilflos gegenüber. Dieses verbreitete Gefühl der Ohnmacht verrät, dass wir den demokratischen Freiheitsgeist noch nicht verinnerlicht haben, sondern nach wie vor in Herrschaftsstrukturen fühlen und leben. Wer an die eigene Ohnmacht glaubt, macht sich zum wertvollsten Verbündeten der Mächtigen. Dieser Glaube ist jedoch nicht so sehr Ergebnis einer scharfen Analyse der Realität, sondern der immer noch wirkende »Erfolg« autoritärer Erziehung und ideologischer Indoktrination. Die Herrschenden versuchen alles, die politische Ohnmacht der Massen zu nähren und zu perpetuieren. Nichts stabilisiert ihre Macht wirkungsvoller, als wenn die Menschen an die Unveränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse glauben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie mehrere Strategien entwickelt:

- Sie erklären Wirtschaft zur *Sache von Expertinnen* und entziehen sie damit dem öffentlichen Diskurs und der demokratischen Mitbestimmung. Je mehr Menschen sich

von ihrer eigenen »Inkompetenz« überzeugen lassen, desto wahrscheinlicher wird das Ergebnis der Wirtschaftspolitik im Interesse der Reichen und Mächtigen sein. Sie erklären den Markt und die Globalisierung zum *Naturgesetz*, um sie der demokratischen Diskussion zu entziehen. Ex-Siemens-Chef Heinrich von Pierer meinte: »Die Globalisierung lässt sich nicht aufhalten - genauso wenig wie sich die Donau aufhalten lässt.«⁹⁸ Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken Manfred Weber sprach: »Die Globalisierung ist ein Faktum. Wir diskutieren ja auch nicht, ob wir die Schwerkraft gut finden oder nicht.«⁹⁹ Und der langjährige Umwelt-, Arbeits- und Wirtschaftsminister Österreichs Martin Bartenstein sagte: »Die Globalisierung aufhalten zu wollen ist so, als ob man die Erde daran hindern wolle, sich zu drehen«, während er in der WTO eifrig liberalisierte. Wer will sich schon einem Naturgesetz widersetzen? Als Gravitationsgegnerin belächeln lassen? Wer die Donau aufhalten? Hinter »wirtschaftlichen Naturgesetzen« verstecken sich jedoch handfeste politische Interessen und somit veränderbare soziale Verhältnisse.

Sie benutzen *Sachzwänge* als Totschlagargumente in politischen Diskussionen. Immer wenn das sachlich Richtige und demokratisch Mehrheitsfähige eingefordert wird, kommen die Profiteure des Status quo und malen ein Weltuntergangsszenario an die Wand: Die gewünschte Maßnahme würde den Standort vernichten und die Wettbewerbsposition Deutschlands schwächen. Einmal würden die Konzerne in heller Panik fliehen, ein andermal die Leistungsträger und prinzipiell immer das Kapital. Im Kapitalismus stehen die Bedürfnisse des Kapitals über denen der Menschen. Also lieber das Richtige und Gerechte erst gar nicht versuchen, sondern gleich das Falsche und Ungerechte tun und dafür von den Mächtigen geliebt werden, von denen wir angeblich abhängig sind. Ein sehr unschönes und inhumanes, aber immer noch sehr vertrautes Herrschaftsmuster. Macht ist bis zu einem gewissen Grad immer eine Vereinbarung der Herrschenden mit den Beherrschten. Es gilt daher heute ohne Unterschied zu Absolutismus, Feudalismus und Faschismus, der Macht die Gefolgschaft aufzukündigen, indem wir uns in einem ersten Schritt nicht länger ohnmächtig fühlen, sondern uns mündig und eigenverantwortlich für unsere Freiheit einsetzen. Die erste Welle der Aufklärung hat stattgefunden, doch gemessen am Ergebnis war das nur ein leiser Frühlingsgruß. Am Ende einer durchdringenden Aufklärung stehen mündige Individuen, die keine Kooperation mehr mit der Herrschaft eingehen und die Verantwortung für ihre persönliche und die kollektive Freiheit übernehmen. Das Nein zur Ohnmacht lohnt sich: Wenn all jene, die eine andere Gesellschaft wünschen, aber bisher nichts dafür getan haben, weil sie glaubten, ohnehin nichts bewegen zu können, jetzt doch mitanpackten, dann hätten wir schon morgen eine andere Welt.

2. Kleine Schritte setzen - der persönliche Wirkungskreis

Auch für die Disziplin Weltverbessern gilt: Wer am Beginn einer langen Reise steht, beginne am besten mit dem ersten Schritt. Niemand kann zum Horizont fliegen: Es ist ein langer, mitunter mühevoller Marsch. Ans Ziel kommt man letztlich nie. Die Reise selbst ist das Ziel. Deshalb lieber überschaubare Etappenziele setzen.

Der erste Schritt sind wir selbst. Neben der Bestimmung über das eigene Leben hat jede und jeder von uns ein unmittelbares Lebensumfeld, einen persönlichen Wirkungskreis, in dem wir hohe Gestaltungskraft besitzen. Bis zu einem gewissen Grad können wir die Menschen in unserem Umfeld beeinflussen. Und diese sind bereits die nächsten potenziellen Zellen der Veränderung mit neuem persönlichem Wirkungskreis - und sie sind genauso für sich selbst verantwortlich wie wir für uns.

Wenn wir uns von dem Gedanken befreien, dass wir die an deren oder schlimmer noch alle anderen überzeugen müssen, ist es um vieles leichter. Wenn wir uns zuerst selbst

attraktiv verändern, werden die anderen sich angezogen fühlen und von selbst nachziehen - ganz ohne Missionierung. »Du musst die Veränderung leben, die du in der Gesellschaft sehen willst«, wusste schon Mahatma Gandhi. Selbstveränderung geht meist nur in Millimeterschritten. Doch je konsequenter man geht, desto größer sind à la longue die Fortschritte. In einem Menschenleben ist eine lange Reise möglich. Am Ende steht eine gewandelte Person. Wenn viele gehen, steht am Ende eine andere Gesellschaft. Zum Beispiel eine, in der nicht alle primär auf den eigenen Vorteil achten und Geld und das Besser-Sein als andere für das Wichtigste halten, sondern in der Achtsamkeit, Hilfsbereitschaft, Mitfühlen und Vertrauen die höchsten kulturellen Güter sind.

3. Alternative Informationen aneignen

Zu Attac kommen viele Menschen, die den Eindruck haben, dass ihnen wesentliche Informationen und Zusammenhänge von den Mainstream-Medien vorenthalten werden und dass diese Medien das Weltbild und die Interessen der Gewinner des aktuellen Systems stärker abbilden als die Interessen der Verliererinnen, vielleicht sogar der Mehrheit. Hinzu kommt, dass viele Mainstream-Medien von den SystemgewinnerInnen ökonomisch abhängig sind. Große Banken, Auto-, Pharma- und Telekomunternehmen zählen zu den lukrativsten Anzeigenkunden von Zeitungen und Fernsehsendern. Die »Schere im Kopf« gibt es im Kapitalismus genauso wie in anderen totalitären Regimen. Hinzu kommt der allgemeine Trend, dass der redaktionelle Teil von Zeitungen und Zeitschriften immer kleiner und durchmischer von Werbung und PR wird. Schließlich befinden sich viele Medien direkt im Eigentum von Großkonzernen oder sind selbst solche.

Kurz, es gibt viele Gründe, warum in den Zeitungen nur zum Teil das steht, was viele Menschen wirklich interessiert und was kritische Bürgerinnen für eine unabhängige Meinungsbildung benötigen. Es zählt jedoch zur Eigenverantwortung der mündigen Demokratin, sich Informationen für die Einschätzung der politischen Lage und die persönliche Beteiligung selbst zu organisieren, wenn die Mainstream-Medien versagen. Der konsequente Weg dorthin wäre der organisierte Einsatz für ein neues Mediengesetz, das die Medien sowohl aus der Abhängigkeit des Marktes als auch der Regierungen löst. Das ist ein ehrgeiziges und langwieriges Projekt, weil ein zentrales gesellschaftliches Machtzentrum - die Schnittstelle von Kapital und Öffentlichkeit - angegriffen wird. Dennoch müsste sich eigentlich jeder Mensch mit demokratischer Vernunft für diese Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie persönlich einsetzen und mit anderen verbünden, die dasselbe wollen.

Eine weniger aufwändige Möglichkeit ist die Beschaffung alternativer Informationen jenseits der Hauptkanäle. Das Angebot ist durchaus vorhanden:

– *Le Monde diplomatique*, *Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung*, *Südwind*, *brand 1*, *Die Furche*, *Publik-Forum*, *Kurswechsel*, *Lebensart*, *weltsichten* ... Ein monatlicher Griff zu einer anderen Zeitung macht zwölf neue Medien pro Jahr.

- Das Internet bietet eine maßlose Fülle von Junk-Inhalten, aber auch sehr gehaltvolle Information, die in keiner Zeitung zu finden ist. Eine Möglichkeit wäre, einmal pro Woche die Website einer sozialen Bewegung oder NGO zu durchforsten und deren Informationsangebot und Blickwinkel kennenzulernen. Allein der Vergleich, welche Informationen diese Organisationen in Umlauf bringen und was davon wie von den Medien aufgenommen wird, ist schon spannend und aufschlussreich.

Über themenspezifische E-Mail-Listen - zum Beispiel WTO, Gentechnik, Lobbyismus - verbreiten sich Nachrichten abseits der Leitmedien über die ganze Welt.

Neben der Beschaffung ist die Weitergabe von Information und die Beteiligung an öffentlichen Diskussionen das Lebenselixier der Demokratie. Zumindest auf jeden

fünften Kinobesuch sollte die Teilnahme an einer öffentlichen Diskussion folgen. Internet-Foren sind leichter zugänglich als Printmedien, dennoch lohnt sich ab und zu auch der klassische Leserbrief. Wenn jemandem ein Thema wirklich am Herzen liegt, kommt das im Leserbrief auch durch und erhöht die Wahrscheinlichkeit auf Veröffentlichung. Natürlich werden nicht alle Briefe veröffentlicht, aber ein Teil schafft es und hat dann eine breite und wertvolle Öffentlichkeit. Oft führt auch der eigene nicht - veröffentlichte Brief zur Veröffentlichung eines anderen mit ähnlichem Inhalt, der nicht veröffentlicht worden wäre, wenn er der einzige zum Thema gewesen wäre.

Auch Rückmeldungen an die Redaktionen von Zeitungen und Rundfunkanstalten, wenn sie gute und kritische Beiträge gebracht haben, sind von stets unterschätztem Wert, weil dies relativ wenige MedienkonsumentInnen tun und eine einzelne Stimme dadurch oft sehr viel zählt. Gerade kritische und alternative Journalistinnen müssen sich oft gegen Vorbehalte und Widerstände durchsetzen, und ein starkes Echo der Leserinnen oder Seherinnen kann ihnen den Rücken stärken und manchmal sogar den Job retten. Die Wahrscheinlichkeit, dass ähnlich kritische Beiträge folgen, steigt.

Schließlich kann jede und jeder am Aufbau einer Gegenöffentlichkeit mitwirken und neue Medien unterstützen oder mitaufbauen. *Indymedia.org* ist ein Beispiel dafür, dass Menschen, die bei Demonstrationen und politischen Aktionen nicht von der Berichterstattung der offiziellen Medien abhängig sein wollten, ihre eigene Medienplattform geschaffen haben.

4. Konsumverhalten ändern

Viele Menschen glauben, dass sie mit ihren Konsumentscheidungen, mit ihrem täglichen Einkauf eine bessere Welt herbeikaufen könnten. Das ist vordergründig ein edler Gedanke und eine sinnvolle Strategie, weil mit dem täglichen Einkauf tatsächlich eine Stimme auf dem Markt für oder gegen Kinderarbeit, für Atom- oder Ökostrom, für fairen oder unfairen Kaffee, für Langstreckentransporte oder Nahversorgung abgegeben werden kann. Folgende Kategorien empfehlen sich bei jeder Konsumentscheidung:

- *Nah*: Nahversorgung stärkt die regionale Wertschöpfung und spart Transportkilometer.
- *Biologisch*: Wer biologische Lebensmittel kauft, stimmt gegen Kunstdünger, Pestizide, Massentierhaltung und Gentechnik.
- *Saisonal*: Erdbeeren im Januar müssen nicht sein, das ist weder gut für die Umwelt noch für die Gesundheit.
- *Fleischarm*: Ein Kilo Fleisch verbraucht zehnmal so viel Ackerfläche wie ein Kilo Getreide. Die Erde hat genug für aller Menschen Ernährungsbedürfnisse, aber nicht für aller Menschen Fleischhunger.
- *Fair gehandelt*: Fairer Kaffee, Tee, Kakao & Co. verschaffen den - selbstständigen - Bäuerinnen im Süden ein menschenwürdiges Einkommen.
- *Langlebig*: Zu Großvaters Zeit hielten viele Dinge noch eine Ewigkeit. Am Ende kostet Qualitätsware oft sogar weniger als billige Wegwerfware.
- *Energiesparend wohnen*: Heizen kann man mit globalem Erdöl, mit lokaler Biomasse oder mit der Sonne (Passivhaus).
- *Ökologisch*: Wer auf Ökostrom umsteigt oder auf ein spritsparendes Auto oder dieses mit anderen teilt oder nur noch Bahn fährt, leistet wichtige Beiträge zum Klimaschutz.
- *Reisen statt Blitzurlaube*n. Besser alle zwei Jahre mit dem Schiff verreisen als dreimal im Jahr mit dem Flugzeug. *Ethisch investieren*. Finanzvermögen kann man einem ökologischen Investmentfonds anvertrauen oder einem Hedge-Fonds.
- *Weniger ist mehr*. Konsum macht sehr bald nicht mehr glücklich, sondern krank. In Österreich ist bereits mehr als die Hälfte der jungen Menschen zwischen 14 und 24

Jahren kaufsuchtgefährdet.¹⁰¹ Wenn wir bei jeder materiellen Konsumententscheidung noch einmal nachspüren, ob wir das Ding jetzt wirklich brauchen oder ob wir nicht eigentlich etwas anderes suchen - Stille, intakte Natur, Bewegung, Berührung, Geborgenheit, Erkenntnis dann sind wir auf dem Weg zum kostengünstigen und umweltschonenden Glück. So wichtig und richtig verantwortungsvolle individuelle Konsumententscheidungen sind, so gerne wird dabei übersehen, dass der Hebel sehr viel wirksamer auf der systemischen Ebene anzusetzen wäre: auf der Ebene des Gesetzgebers. Denn der/die einzelne Konsumentin hat - systemisch betrachtet - nur einen sehr geringen Einfluss. Hingegen kann der Betreiber das System beliebig ändern oder austauschen. In unserer *politischen* Rolle als SystembetreiberInnen - als Souverän und Gesetzgeber - sind wir alle gleich. In der *ökonomischen* Rolle als KonsumentInnen sind wir es nicht, weil wir über unterschiedliche Informationen, unterschiedlich viel Zeit und vor allem unterschiedliche Kaufkraft verfügen:

- *Information:* Das durchschnittliche Marktprodukt verrät uns nicht, wer es unter welchen Arbeitsbedingungen und welcher Umweltbelastung hergestellt hat, wie viele Transportkilometer enthalten sind und wie groß der Beitrag zum Klimawandel ist. Es enthält uns alle für eine ethische Kaufentscheidung nötigen Informationen vor.
Zeit: Wer schafft es, sich diese Informationen anzueignen? Der/die durchschnittliche Konsumentin schafft gerade noch den Einkauf: er/sie ist auf Werbematerial angewiesen und wird dadurch systematisch desinformiert und einseitig zu Verdrängung, Geiz und Gier erzogen.

- *Geld:* Selbst wenn die relevanten Informationen verfügbar sind oder eigenverantwortlich angeeignet wurden, fehlt vielen Menschen die nötige Kaufkraft, um das teurere ethische Produkt zu kaufen. Sie können nicht frei abstimmen. Denn die Stimmrechte am Markt sind ungleich verteilt. Die einen haben fünf Millionen Stimmen, die anderen eine Handvoll oder gar keine. Auf den Finanzmärkten haben zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel aller »Stimmrechte« ...

Fazit: In unserer *ökonomischen* Rolle als KonsumentInnen sind wir nicht annähernd so mächtig wie in unserer *politischen* Rolle als GesetzgeberInnen. Als Souverän können wir per Gesetz entscheiden, welche Produkte auf den Markt dürfen und welche nicht. Als Konsumentin können wir vieles gar nicht entscheiden: Wenn die Nebenbahn geschlossen wird, haben wir keine Konsumalternative. Wenn das Postamt zusperrt, können wir als Konsumentin nichts machen. Wenn ein globaler Goldkonzern in Afrika indigenen Lebensraum und Naturjuwelen zerstört, sollen wir dann unsere Münzsammlung verkaufen? Dennoch erscheint vielen Menschen die individuelle Handlungsebene à la persönlicher Einkauf viel sympathischer als die Systemebene Demokratie. Das hat mehrere Gründe: 1. Viele Menschen wollen selbst - individuell - etwas machen und sich nicht mit anderen absprechen müssen, was mühevoller ist und nur längerfristig Wirkung und Erfolg haben kann. Der Individualismus lässt grüßen. 2. Die »Systemebene« wird von vielen gar nicht wahrgenommen. Die Möglichkeit, dass Marktakteure Regeln vorgegeben werden können, existiert im Bewusstsein vieler Menschen gar nicht, weil sie den Markt als Naturgewalt erleben und nicht als politische Vereinbarung. (Hayek, Friedman und Co. haben erfolgreiche Arbeit geleistet.) Auch hier stoßen wir auf die Tatsache, dass die Demokratie gar nicht real existiert und dass sehr viele Menschen den Glauben an sie verloren haben. Wäre die Demokratie tatsächlich eine Gesellschaftsform, die auf Mitbestimmung baut und zur Mitgestaltung einlädt, dann würden sich doch alle mit Begeisterung an demokratischen Debatten, Prozessen und Institutionen beteiligen - auch und gerade in der Wirtschaft.

Wie wirkungslos die individuelle Handlungsebene sein kann, solange die Gesetze nicht dazupassen, zeigt vielleicht folgender abschließender Vergleich. Auch wenn es goldrichtig ist, keine Blondinenwitze zu erzählen und sich freiwillig die Kindererziehungsarbeit zu

teilen, bringt das letztendlich wenig, solange der Gesetzgeber nicht mitzieht und Frauen weder wählen noch studieren dürfen. Nur wenig wird sich auch ändern, wenn sich nur individuelle Personen nicht an rassistischen Übergriffen beteiligen, solange Rassentrennung weiterhin Gesetz ist. Wir messen mit zweierlei Maß: Beim Privateigentum können wir auch nicht frei wählen, ob wir es respektieren oder nicht; im Straßenverkehr sind Geschwindigkeitsbeschränkungen und Überholverbote nicht freiwillig, sondern verpflichtend; und Leib und Leben können nicht nach individuellem Ermessen, sondern müssen streng nach Gesetz geachtet werden. So soll es auch in der Wirtschaft sein. Was voraussetzt, dass wir den Hebel - auch - auf der Systemebene ansetzen.

5. Organisieren

*Wenn einer allein träumt, bleibt es ein Traum.
Träumen wir aber alle gemeinsam, wird es Wirklichkeit.*
ERZBISCHOF DOM HELDER PESSOA CÂMARA

Historisch haben sich neue Ideen immer nur dann durchgesetzt, wenn sie von breiten sozialen Bewegungen getragen wurden. Wem daher ernsthaft an der Veränderung gesellschaftlicher Zustände liegt, der oder die wird nicht umhinkommen, sich mit anderen zusammenzuschließen und soziale Bewegungen, die an dieser Veränderung arbeiten, zu unterstützen: mit Zeit, Energie oder Geld. Falls es diese Organisation noch nicht gibt, muss sie eben gegründet werden, so wie alle Menschenrechts-, Umweltschutz-, entwicklungspolitischen oder globalisierungskritischen Organisationen irgendwann von irgendwem gegründet worden sind.

Ich selbst habe mit vielen anderen Attac Österreich gegründet. Attac hat die Welt ein Stück verändert, es hat zahllosen Menschen Hoffnung gegeben, dass es Alternativen zum neoliberalen Einheitsdenken und zur Diktatur des Marktes und des Kapitals gibt und dass sich der Einsatz dafür lohnt. Viele Menschen engagieren sich in Regional- und Inhaltsgruppen, sie organisieren Hunderte von Vorträgen, Kongressen und Tagungen im Jahr, dazu die Aktions- und Sommerakademie, sie kommunizieren über zahllose Internet-Foren, Mailing-Listen und Websites und publizieren erfolgreiche Bücher. Attac hat den Globalisierungsdiskurs entscheidend mitgeprägt und in den letzten Jahren sogar »gedreht«. Noch vor wenigen Jahren war die offizielle »Deutung« der Globalisierung eine äußerst positive: Die internationale Arbeitsteilung hätte Hunderte Millionen Menschen aus der Armut gerissen; Deutschland wurde ausschließlich als »Exportweltmeister« gesehen und Österreich beharrlich zum »Osterweiterungsgewinner« stilisiert. Wer anderer Ansicht war, holte sich ideologische Ausreiseempfehlungen nach Nordkorea oder Kuba. Das hat sich geändert: Heute stehen die neoliberalen Ideologen vor dem Scherbenhaufen ihrer Rezepte.

Attac hat auch das Weltsozialforum mitbegründet, bei dem sich seit 2001 mittlerweile bis zu 150000 Menschen aus aller Welt treffen, um ihre Träume von einer gerechteren Welt zu teilen. Immer mehr Prominente treten Attac bei, und die Medienaufmerksamkeit steigt kontinuierlich an. Das wichtigste Ziel von Attac ist die Politisierung der Menschen: Jede und jeder soll demokratische Verantwortung ausüben und zumindest eine soziale Bewegung oder zivilgesellschaftliche NGO, welche die eigenen Werte und Ziele vertritt, in irgendeiner Form unterstützen.

6. Für mehr Demokratie streiten

Es ist ein gespenstischer historischer Moment. Kaum jemand glaubt noch an die Demokratie. Formal ist von den Parteien über das Parlament bis zum Bundespräsidenten noch alles da, doch die Menschen spüren, dass die Demokratie ihrer Essenz beraubt wurde: In vielen wichtigen Fragen des Zusammenlebens wird der demokratische Mehrheitswille, der Wille des Souveräns nicht mehr umgesetzt. Ein Beispiel von vielen: Laut Umfragen wünschen sich 81 Prozent der CDU-Wählerinnen Grenzen für die Ungleichheit bei den Einkommen. Doch keine einzige im Parlament vertretene Partei macht in dieser Frage auch nur ein Angebot. Nicht in Deutschland, nicht in Österreich und auch nicht in den meisten anderen Ländern.

Die ökonomischen Eliten haben das demokratische System unterwandert und vereinnahmt, es entscheidet in ihrem Sinne und nicht im Sinne der Bevölkerung. Schuld daran sind allerdings nicht nur die ökonomischen Eliten, sondern ist genauso die Bevölkerung, weil sie sich zu wenig für die Demokratie einsetzt und für ihr Recht streitet. Regelmäßig wurde sie von den Repräsentantinnen überfahren - und hat sich nicht gewehrt. Doch »wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf«, sagt eine Volksweisheit.

Umgekehrt ist »Einmischung der Sauerstoff der Demokratie«, meint Günter Wallraff. Wer sich nicht einmischt, ist der Stickstoff der Demokratie, ihr Totengräber. Der Nichteinmischung vieler Menschen liegt ein fundamentales Missverständnis von Demokratie zugrunde: Sie hoffen, dass die Parteien und Politikerinnen, die sie wählen, dann auch das machen, was sie versprochen haben. Doch das würden die nur tun, wenn sie a) nicht permanentem Lobbyismus der mächtigen Industrien (Finanzen, Auto, Öl, Pharma ...) ausgesetzt wären und b) im Falle des Brechens ihrer Versprechen mit heftigen Protesten oder ihrer Abwahl zu rechnen hätten. Der Protest schläft jedoch tief und fest, und die Regierenden können mehr oder weniger machen, was sie wollen. Am Anfang jeder Macht ist die Unterwerfung, sagt ein Sprichwort.

Die repräsentative Demokratie würde nur dann funktionieren, wenn die Wählerinnen lediglich ihre Stimme abgeben würden, nicht jedoch ihre Verantwortung, denn die ist nicht delegierbar. Nur die Stimme ist delegierbar, und wenn der/die gewählte Mandatarin mit dieser Stimme nicht tut, was der/ die StimminhaberIn will, dann muss der/die InhaberIn der/die Trägerin der Stimme zur Rechenschaft ziehen. Genau das geschieht in aller Regel nicht, weil die Menschen noch nicht verinnerlicht haben, dass sie der Souverän sind. Sie lassen sich - immer noch - viel zu viel gefallen wie vor der Aufklärung. Wir beklagen mitunter die Unfreiheit, aber wir tun nichts dagegen. Es fehlt uns an demokratischer Verantwortung: Wir alle sind die Inhaberinnen der Demokratie, und es ist unser aller Pflicht, auf das gemeinsame Gut zu achten, es zu pflegen und weiterzuentwickeln. Sonst verlottert es wie eine ungepflegte öffentliche Toilette.

Direkte Demokratie

Allerdings reicht es nicht aus, dass wir die volle Verantwortung für unsere demokratische Freiheit übernehmen, wenn uns die nötigen Rechte und Rechtsinstrumente dazu fehlen. Der zweite Selbstaufhebungsmechanismus der Demokratie besteht in der Reduktion auf die rein repräsentative Demokratie. Das ist die Kaltstellung des Souveräns. Will die Demokratie lebendig bleiben, muss der Souverän permanent Gelegenheit haben mitzureden, mitzubestimmen und Mitverantwortung zu tragen.

Machen die Repräsentantinnen des Souveräns nicht, was dieser will, dann muss er das Recht haben, seine Vertretung in der konkreten Sachentscheidung zu korrigieren (Volksinitiative) oder in der Funktion abzuwählen (Abwahlrecht). Wenn der Souverän nicht

das letzte Wort - die Letztverantwortung und Bestimmung über sich selbst - hat, ist er nicht der Souverän, sondern der Untertan seiner Vertretung. Im Grundgesetz steht jedoch: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Und in der österreichischen Bundesverfassung: »Alles Recht geht vom Volk aus« - nicht vom Parlament und nicht von der Regierung. Ludwig XIV verwechselte sich mit dem Souverän: »Der Staat bin ich.« Heute benehmen sich Regierungen und Parlamente wie damals der Sonnenkönig. Jean-Jacques Rousseau forderte deshalb: »Jedes Gesetz, das das Volk nicht selbst beschlossen hat, ist nichtig; es ist überhaupt kein Gesetz.«

Das ist vielleicht etwas weit getrieben: Direkte Demokratie soll kein Ersatz für repräsentative Demokratie sein, aber ihre logische Ergänzung - und Voraussetzung! Denn nur wenn sichergestellt ist, dass das letzte Wort beim Souverän bleibt, kann er seine Stimme vorübergehend delegieren. Verliert er das letzte Wort, ist es mit Selbstbestimmung, Souveränität und Freiheit vorbei. Und nur wenn die Volksvertretung weiß, dass sie vom Souverän jederzeit - auch zwischen den Wahlen - korrigiert werden kann, wird sie in seinem Sinne regieren.

Trotz dieser vermutlich mehrheitsfähigen Überlegungen hat die Bevölkerung weder in Deutschland noch in Österreich das Recht auf Gesetzesinitiativen, die bei Erreichen einer bestimmten Schwelle zur zwingenden Volksabstimmung führen. Wie demokratiefeindlich das ist, zeigt eine bittere Erfahrung in der jüngsten österreichischen Geschichte. Das Gentechnikvolksbegehren wurde 1997 von 1,2 Millionen Bürgerinnen unterschrieben, ein Erdrutsch-Erfolg. Die Hauptforderung war: keine Patente auf Leben. Regierung und Parlament - die Vertretung der Bevölkerung - ignorierten jedoch ihren Willen. Acht Jahre nach dem Begehren setzten sie die EU-Biopatentrichtlinie in österreichisches Recht um. Seit 2005 dürfen in Österreich Mikroorganismen, Pflanzen, ganze Tiere und Teile des Menschen - Gene und Zellen - patentiert werden. Die Regierung putschte eiskalt - gegen das eigene Volk.

Wo es das Instrument der Volksinitiative gibt, ist die Zufriedenheit damit sehr hoch. Das zeigt das Beispiel Schweiz. Oder Uruguay, dort erreichte eine breite Bürgerinnenbewegung 2004 eine Volksabstimmung über die Privatisierung der Trinkwasserversorgung - und hatte Erfolg: 65 Prozent der Uruguayerinnen stimmten für das Grundrecht auf Wasser und für öffentliche Versorgung. Die Trinkwasserversorgung durch gewinnorientierte Konzerne ist seither per Verfassung verboten.

In Deutschland hat der Verein »Mehr Demokratie« auf Landes- und Kommunalebene das Instrument des Bürgerentscheids durchgesetzt. Seither kann eine Bürgerinneninitiative auf kommunaler Ebene einen Volksentscheid erzwingen. Die Erfolge der jüngsten Jahre können sich sehen lassen. In zahlreichen Städten und Kommunen wurde die Privatisierung der Trinkwasserversorgung, städtischer Sozialwohnungen oder anderer öffentlicher Betriebe verhindert. Die Stadtregierung von Leipzig wollte 2006 die Stadtwerke privatisieren. Die Bevölkerung rebellierte - und gewann. 87 Prozent stimmten in dieser Sachfrage gegen die Regierung, die sie zuvor mehrheitlich gewählt hatten. Das ist gelebte Kontrolle der Mächtigen durch den Souverän!

Partizipatives Budget

Die Demokratie ist kein statischer Zustand, der einmal definiert wurde. Definiert ist nur das Prinzip: Der Wille der Allgemeinheit muss die Gesellschaft gestalten. Wie das am besten geschieht, dafür gibt es kein Patentrezept, aber viele Erfolgsbeispiele, die weit über das hinausweisen, was wir in Deutschland, Österreich und selbst in der Schweiz bisher kennen. Neben der Ergänzung der repräsentativen um die direkte Demokratie braucht es zumindest noch die teilhabende oder partizipative Demokratie: Möglichkeiten der permanenten Beteiligung von Bürgerinnen an demokratischen Entscheidungs- und

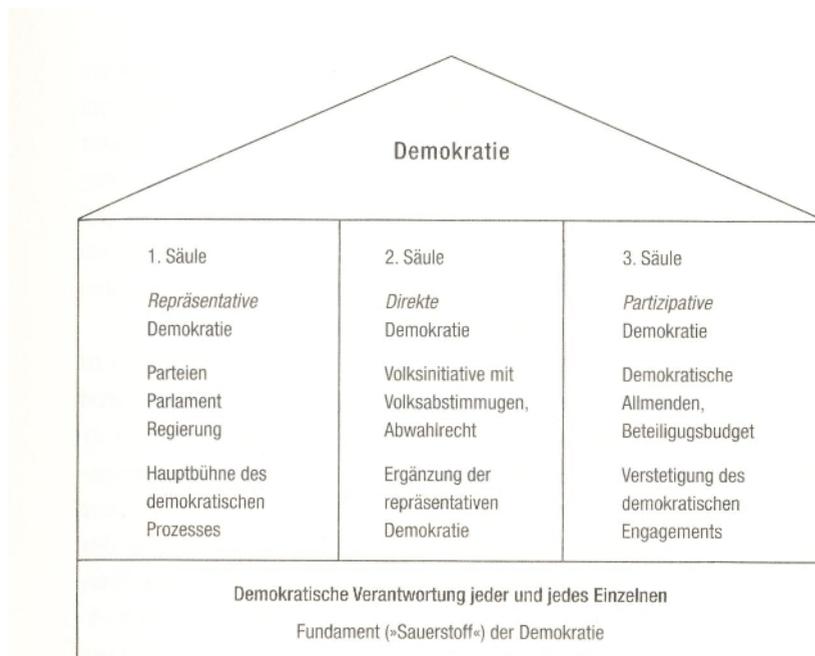
Gestaltungsprozessen. Und auch diese Dimension muss erst erstritten werden, weil die politischen Eliten sie in der Regel nicht freiwillig gewähren.

So war es jedenfalls in der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre. Dort wird seit der Regierungsübernahme durch eine soziale Bewegung das städtische Budget partizipativ erstellt. Alle Bewohnerinnen können über mehrere Delegations-ebenen ihre Prioritäten bei den städtischen Investitionen selbst durchsetzen. Das hat zu einer Umlenkung der Budgetmittel von Prestige- und Prunkprojekten zu allgemeinen Versorgungs- und Entwicklungsprojekten geführt: Bildung, Gesundheit, Trinkwasser und Wegeverbesserung. Porto Alegre zählt heute zu den sichersten und saubersten Städten in Lateinamerika, weshalb das Modell von zahlreichen anderen Städten übernommen wurde.

Das partizipativ-demokratische Modell lässt sich auch hierzulande erstreiten. Wer mit den Entscheidungen der Kommunal- oder Stadtregierung unzufrieden ist, kann sich persönlich dafür starkmachen, dass alle Bürgerinnen, egal, welche Partei sie gewählt haben, bei den wichtigsten Investitionsentscheidungen einer Stadt oder Kommune mitbestimmen dürfen. Was von Porto Alegre bis zum Pariser Vorort St. Denis möglich ist, kann auch anderswo Realität werden - wenn sich nur ausreichend viele eigenverantwortliche Personen, die bisher frustriert zugesehen haben, persönlich dafür einsetzen.

Demokratische Allmenden

Eine weitere Möglichkeit der teilnehmenden Demokratie sind »demokratische Allmenden«: Das sind Gemeinschaftsgüter, die allen gehören. Traditionell waren das Wald, Weideland und Wasser. Unter »modernen Allmenden« könnten wir Spitäler, Schulen, Universitäten, Museen, Schwimmbäder, Kommunalbetriebe, Bahn, Post oder auch die »Demokratische Bank« verstehen.



Bei diesen Grundversorgungsgütern sollte die Teilhabe nicht Privileg der ökonomisch Stärkeren sein, sondern das demokratische Recht aller Eigentümerinnen. Im Unterschied zum klassischen öffentlichen Betrieb wird die demokratische Allmende jedoch nicht vom Staat verwaltet, sondern von den Eigentümerinnen selbst. Das kann von der direkten

Wahl der Führungsgremien bis zur paritätischen Besetzung der Führungsgremien aus Repräsentantinnen der Bevölkerung, der Beschäftigten und anderer Stakeholder reichen. Diese Mandatarinnen sind dann den Eigentümerinnen direkt verantwortlich und rechen-schaftspflichtig. Sie können jederzeit abgewählt werden, wenn sie den Willen der Wählerinnen verletzen.

International gibt es ermutigende und exzellent funktionierende Beispiele »demokratischer Allmenden«. Im kalifornischen Sacramento versorgt das Energieunternehmen SMUD mehr als eineinhalb Millionen Menschen mit Strom, es ist der sechstgrößte öffentliche Energieversorger in den USA. Doch der Vorstand wird nicht von Aktionären oder Hedge-Fonds eingesetzt, sondern direkt demokratisch gewählt. Die Aufsichtsratssitzungen sind öffentlich. Die Ergebnisse überzeugen. Der Betrieb ist bei Umweltschutz und Servicequalität - den Prioritäten der Bevölkerung - stets an der Spitze der USA. Einmal gab es sogar eine Abstimmung aller Eigentümerinnen: 1989 setzten diese in einem »Unternehmensplebiszit« die Schließung des einzigen betriebseigenen Atomkraftwerks durch.

Stellen Sie sich vor. Sie hätten ein Mitbestimmungsrecht über Post, Bahn, Kommunalbetriebe, Pflege-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Dann müssten sich natürlich viele Menschen für die öffentlichen Güter interessieren und engagieren. Das ist Arbeit, doch die lohnt sich, und wer glaubt, dass Demokratie von selbst funktioniert, wird wie erwähnt in der Diktatur aufwachen. Das ist ganz analog zur persönlichen Freiheit. Wer sein Leben selbst gestaltet, muss zahlreiche Entscheidungen treffen und permanent strategisch denken und lenken. Freiheit hat ihren Preis. Ganz gleich auf der individuellen -wie auf der kollektiven Ebene.

Unabhängige Medien und Parteien

Für die Rettung der Demokratie muss noch viel mehr getan werden. Auf der Prioritätenliste ganz oben steht die Rückdrängung des Lobbyismus und die Befreiung der Parteien und Medien aus der finanziellen Abhängigkeit des Großkapitals. Eigentlich unfassbar: Ohne Spenden von Unternehmen wären die Parteien in Deutschland nicht lebensfähig. Die Demokratie ist uns nicht einmal eine öffentliche Parteienfinanzierung wert. Die Konsequenz: Die Wirtschaft muss »einspringen« - um den Preis, dass Parteien fest in der Hand des Kapitals sind: ein wichtiger Grund für die Aushöhlung der Demokratie. Eine Demokratiereform würde die Parteienfinanzierung der öffentlichen Hand übernehmen. Auch die Medien müssten aus der Abhängigkeit von den Inserenten befreit werden. Eine höhere Presseförderung würde etwas kosten. Aber auch das muss uns die Demokratie wert sein: An die Arbeit für ein entsprechendes Mediengesetz! Dieses könnte in einem ersten Akt direkter Demokratie durchgesetzt werden.

7. Bausteine für eine neue Gesellschaft entwickeln

Niemand kann einen Systemwechsel alleine oder in der Kleingruppe herbeiführen. Sehr wohl lassen sich aber Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Alternative im Kleinen verwirklichen. Tausende von Menschen und Gruppen haben sich längst dazu entschlossen, solche Bausteine der anderen Welt in Eigeninitiative umzusetzen. Sie zeigen, wie viel möglich ist, wenn der Wille zur Veränderung und das Nein zur Ohnmacht vorhanden sind.

- Bioläden
- Fair-Trade-Läden
- ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Initiativen

- Kostnix-Läden
- Ethikbanken
- Kreditgenossenschaften und Vereinssparkassen
- Tauschkreise und Zeitbanken
- Regionalwährungen
- Ökostrom-ProduzentInnen
- Alternative Wohnprojekte
- Integrative Kulturvereine
- Komplementärmedizinische Praxen
- Waldkindergärten und alternative Schulen

Diese Keimzellen der neuen Gesellschaft haben oft als kleine isolierte Punkte begonnen, wie die ersten Sterne am Abendhimmel. Doch es werden mehr. Und in dem Maße, in dem sie sich vernetzen und Zusammenarbeiten, kann die neue Gesellschaft inmitten der alten entstehen.

8. Gesamtgesellschaftliche Alternativen einfordern

So wichtig die vielen kleinen Schritte sind, eine wirkliche Zugkraft können nur starke Visionen entwickeln, welche die große Richtung vorgeben. Das könnten Gesamtentwürfe für neue Formen des Wirtschaftens sein. Davon liegen bereits einige fertig auf dem Tisch: sowohl für humanere Modelle der Marktwirtschaft als auch für zeitgemäße Modelle dezentraler und beteiligungsaktiver Planwirtschaft, die aus den historischen Fehlern der realsozialistischen Experimente gelernt haben. Diese Entwürfe verdienen eine breite und intensive Diskussion. Laut einer BBC-Umfrage in 24 Ländern wünschen siebzig Prozent der Menschen »eine grundlegende Neuordnung« des Wirtschaftssystems. Der Boden ist also fruchtbar. In Deutschland und Österreich kamen zu den jüngsten Kongressen zur »Solidarischen Ökonomie« Tausende junger Menschen.

Meinen persönlichen Beitrag einer Systemalternative in Form einer Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus habe ich in Abschnitt III kurz vorgestellt. Es geht mir dabei nicht um den Anspruch, die beste aller Wirtschaftsformen gefunden zu haben, sondern um die gemeinsame Suche, das konsequente Nachdenken und Diskutieren über ganzheitliche Systemalternativen. Wie wollen wir uns als Menschheit weiterentwickeln? Das Nachdenken über Alternativen zur gegenwärtigen Geldwirtschaft ist eine der großen Herausforderung an uns Menschen. Es handelt sich um eine pessimistische Unterschätzung unserer Fähigkeiten, wenn wir tatsächlich glauben, dass wir unsere materiellen Bedürfnisse nur über Geldbeziehungen in der derzeitigen Form befriedigen können. Zumindest der Umkehrschluss sollte klargeworden sein: Nach Jahrhunderten der Geldwirtschaft steigen Armut, Ungleichheit und der Hunger in der Welt rapide an ... Eine alternative Wirtschaft könnte auf einem »materiellen Gesellschaftsvertrag« ausgewogener Rechte und Pflichten beruhen: Alle sind verpflichtet, in einem bestimmten Ausmaß ihre Kapitalismus erst gar nicht nachzudenken, weil die bisher prominenteste Alternative, der Realsozialismus, gescheitert ist und sich in das Gegenteil des Freiheitsversprechens gedreht hat. Das wäre, als würde man einen fehlgeschlagenen Versuch, auf den Mond zu fliegen, zum Anlass nehmen, dies nie wieder zu versuchen, weil es unmöglich wäre, was ja der erste Fehlschlag bewiesen habe. Zeitgenössische Autorinnen wie Michael Albert oder Alfred Fresin haben detaillierte Modelle zur Diskussion gestellt, wie die Analysen von Karl Marx und nachfolgender Denkerinnen in Alternativen umgesetzt werden könnten, ohne die Perversionen des Realsozialismus zu wiederholen.

Das wichtigste Argument hier: Während wir alle die ersten Schritte unternehmen, sollten wir gleichzeitig den Geist nach vorne richten und kontinuierlich nachspüren und diskutieren, wie wir idealerweise leben wollen. Das Sich-mit-den-Zuständen-Abfinden ist der Verzicht auf jede weitere Entwicklung. Hier liegt ein verräterischer Widerspruch: Einerseits ist lebenslanges Lernen für die meisten von uns zur Selbstverständlichkeit geworden, sprich die Weiterentwicklung unserer intellektuellen und professionellen Qualitäten; doch dass wir auch das soziale und globale Lernen verstetigen, um zu menschlicheren Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens zu kommen, das versagen wir uns gleichzeitig, weil wir unbewusst den Kapitalismus und die undemokratische Marktwirtschaft als Ultima Ratio und Ende der Geschichte akzeptiert und verinnerlicht haben. Wir sollten jedoch an den kollektiven Regeln für das Zusammenleben und am ökonomischen Makromodell genauso konsequent feilen und Verfeinerungsarbeit leisten wie an unseren persönlichen Fähigkeiten und an der mikroökonomischen Ich-Aktie.

9. Abschied vom Profitstreben

Wenn wir zu einer anderen Form des Wirtschaftens kommen wollen, sollten wir uns in so vielen Bereichen wie möglich vom persönlichen Vorteilsdenken und Gewinnstreben lösen, die in der Systemdynamik zu Gier und materiellem Wachstumszwang führen, beides Qualitäten, die das Überleben gefährden und die aktuellen Krisen strukturell verursacht haben. Wenn wir Wirtschaft als Einrichtung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse definieren und kurz nachdenken, welche unserer Bedürfnisse wir ohne Geld, Tausch und Gewinnmotiv befriedigen, dann kommen wir auf eine erstaunlich lange Liste. Der Umfang dieser Liste widerlegt die Annahme, dass Menschen nur gegen Geld zu Leistung bereit sind und ohne Gewinnaussicht keine Motivation hätten, sich am Wirtschaften (der kollektiven Bedürfnisbefriedigung) zu beteiligen.

Das Spektrum geldfreier und bedingungsloser Befriedigung von Bedürfnissen beginnt bei der Muttermilch, für die keine Rechnung ausgestellt wird; es zieht sich über die Beziehungsarbeit mit Kindern, Kranken und älteren Menschen und den Anbau von Obst und Gemüse im eigenen Garten bis hin zum alltäglichen Schenken, das vielen Menschen große Freude bereitet; vom Sammeln von Pilzen, Kräutern und Beeren in Wald und Feld über das Spielen, Tanzen, Massieren und Gespräche führen in der Freizeit bis zum ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, sozialen Institutionen und politischen Organisationen. In den 700 Tafeln, die in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre aus dem Boden geschossen sind, um Arme mit Essen zu versorgen, arbeiten mehr als 30 000 Menschen ohne ökonomische Gegenleistung. Das Bedürfnis, anderen Menschen zu helfen, ist ihr zentrales Motiv. Ohne sie würden wohl viele Menschen in Deutschland verhungern - und die Straßen sehr viel unsicherer.

Wenn Spitzenmanager ihre astronomischen Einkommen mit Leistung argumentieren, heißt das im Umkehrschluss, dass Menschen ohne materiellen Anreiz zu keiner vergleichbaren Leistung bereit sind. Doch erstens waren in der Geschichte die Leistungen der Menschen nicht geringer, als sie dafür keine Millioneneinkommen erhielten; und zweitens sind dieselben Spitzenmanager, die Millionen für ihre Leistung einfordern, im unsichtbaren Teil der Wirtschaft auf Menschen angewiesen, die ohne einen Cent Gegenleistung ihre Leben retten. Das betrifft nicht nur ihre Mütter, Omas und Partnerinnen; wenn sie einen Unfall haben, kommt meist ein ehrenamtlicher Rettungsdienst und bringt sie ins Krankenhaus (das in der Regel keinen Profit anstrebt). Hat der Manager viel Blut verloren, erhält er das Blut eines Mitmenschen, den er gar nicht kennt - wieder ohne Rechnung. Das Allerwichtigste, Blut, ist gratis. Hier stellt sich

schon die Frage, wieso die unwichtigeren Dinge angeblich nur unter Gewinnstreben hergestellt werden können.

In regionalen Tauschkreisen, Klöstern und Genossenschaften funktioniert hier und heute die Bedürfnisbefriedigung ohne Profitstreben. Im fairen Handel werden globale Solidarnetze geknüpft, die ohne Gewinnmotiv Werte schaffen. Auch im Hightech-Bereich entwickeln sich immer komplexere alternative Wirtschaftsformen. Einige der besten Software-Produkte sind durch freie Kooperation und ohne Gewinninteresse zustande gekommen: Das Betriebssystem Linux, der Internet-Browser Firefox mit dem Mailprogramm Thunderbird und die Online- Enzyklopädie Wikipedia werden täglich von Dutzenden Millionen Menschen in Anspruch genommen - geschenkt.

Die Nicht-Profit-Ökonomie hat es immer in großer Vielfalt gegeben. Im Kapitalismus sind bloß nicht die Scheinwerfer der Medienaufmerksamkeit auf sie gerichtet. In Deutschland umfasst der Non-Profit-Sektor 76000 Betriebe mit 1,9 Millionen bezahlten Beschäftigten. Das entspricht mehr als fünf Prozent der Erwerbstätigen. In Österreich arbeiteten 2005 mehr als 170000 Menschen in nichtgewinnorientierten Betrieben. Die Wertschöpfung dieses Sektors (4,66 Milliarden Euro) überstieg die der Fahrzeugbauindustrie (3,73 Milliarden Euro).

Auch Banken waren stets ein wichtiges Element der dem Gemeinwohl dienenden und nichtprofitorientierten Wirtschaft. Raiffeisen wurde aus Solidarität gegründet, nicht mit Profitabsicht. In Brasilien wächst die solidarische Ökonomie mit vielfältiger Unterstützung des Gesetzgebers inmitten kapitalistischer Strukturen heran. Solidarische Unternehmen umfassen Agrargenossenschaften, selbstverwaltete Fabriken, Fair-Trade-Netze und Indigenen-Gemeinschaften. Heute arbeiten zwei Millionen Menschen in der solidarischen Ökonomie ohne Konkurrenz und Profit. Sie befriedigen essenzielle Bedürfnisse und praktizieren dabei Werte, die die Gesellschaft insgesamt stärken.

Für die aktuelle Krise wird immer wieder die »Gier« als zentrale Ursache genannt; doch es ist das System, das uns gierig macht. Die Entwicklung des individuellen Charakters hängt stark von den rechtlichen Rahmenbedingungen ab. Deshalb kommt es ganz entscheidend darauf an: ob Menschen durch das Gesetz zu Gier, Ichsucht und Konkurrenz angereizt werden oder zu Großzügigkeit, Verantwortung und Kooperation.

10. Kooperation statt Konkurrenz

Möglicherweise stehen wir unmittelbar vor einer kopernikanischen Wende, was unser Verständnis des menschlichen Zusammenlebens betrifft. Das historische Fenster ist günstig und steht weit offen, weil wir trotz - oder wegen - a) einer hochspezialisierten Wissenschaft, b) eines nie dagewesenen Stands der Technik und c) eines beispiellosen ökonomischen Reichtums gleich mehrere globale Krisen von lebensbedrohlichem Ausmaß produziert haben: Lebensmittel- und Energiekrise; Finanz- und Wirtschaftskrise; Verteilungs- und Demokratiekrise. Irgendetwas ist hier fundamental schiefgelaufen, und immer mehr Menschen sind bereit, alte Denkgewohnheiten über Bord zu werfen und sich für einen grundlegenden Systemwandel zu öffnen.

Vielleicht setzt sich schon in den kommenden Jahren die Erkenntnis durch, dass Konkurrenz ein gefährliches soziales Gift ist. Nicht in der Überdosis, sondern prinzipiell. Ich sehe es als strukturelle Krisenursache, dass wir die Konkurrenz zum Leitwert des Wirtschaftens und Zusammenlebens gekürt und das strukturelle Gegeneinander zur Norm und Normalität erhoben haben. Die politischen und ökonomischen Eliten haben uns über Wesen und Wirkung der Konkurrenz Sand in die Augen gestreut und diese als etwas Positives hingestellt. Das hat wiederum damit zu tun, dass den Mächtigen nichts

mehr nützt, als wenn wir alle einander konkurrenzieren und dabei die Fähigkeit zur Solidarität und Kooperation verlernen. Fünf Mythen haben das Supergift Konkurrenz salonfähig und zum politischen Leitziel gemacht.

Mythos 1: Der Mensch neigt von Natur aus zur Konkurrenz In der Menschennatur ist die Möglichkeit, aber nicht die Notwendigkeit zur Konkurrenz enthalten. Wir streben von Natur aus nach Zielen, aber wie wir das tun - in kooperativer Weise oder durch Konkurrenz -, darüber sagen unsere Gene nichts aus. Das Muster, nach dem wir unsere Ziele verfolgen, ist kulturell erlernt und somit eine freie Willensentscheidung. (Der Umstand, dass heute fast alle Auto fahren, beweist auch nicht, dass Autofahren in den Genen festgeschrieben ist.) Was kulturell erlernt wurde, kann wieder umgelernt werden. Die Menschennatur bietet uns genauso die Möglichkeit zu Solidarität und Kooperation wie zu Ellbogeneinsatz und Konkurrenz. Die 30000 Menschen, die in Deutschland ehrenamtlich in den Tafeln Lebensmittel an Bedürftige austeilen, handeln nicht gegen die Menschennatur; sie haben sich vielmehr aus freien Stücken dazu entschieden zu kooperieren.

Mythos 2: Konkurrenz führt zu hoher Leistung Oft behauptet, nie bewiesen. Im Gegenteil: Neun von zehn Studien besagen, dass mit Kooperation höhere Leistungen erzielt werden als mit Konkurrenz. Der Grund dafür ist recht einfach: Die Kooperation motiviert mit positiven emotionalen Erfahrungen: Wertschätzung, Vertrauensbildung, gemeinsame Zielerreichung: Dein Erfolg ist auch mein Erfolg. Konkurrenz motiviert hingegen mit Angst, Druck und Stress. Deshalb geht es vielen Menschen in Konkurrenzsituationen schlecht. Das Nicht-schlechter-sein-Dürfen oder Besser-sein-Müssen als andere ist eine klassische extrinsische Motivation (die von außen drängt) im Unterschied zur intrinsischen (die von innen kommt). Psychologinnen sind sich einig, dass intrinsische Motivation stärker wirkt als extrinsische; extrinsische Motivation untergräbt sogar die intrinsische: Je stärker ich meine Aufmerksamkeit darauf lenke, wie gut ich im Vergleich zu meinen Konkurrenten bin, desto weniger kann ich mich auf die eigentliche Tätigkeit konzentrieren und darin aufgehen. Wer sich einer Beschäftigung oder Beziehung ganz hingibt, braucht keine Konkurrenz, um eine gute Leistung zu erbringen. (Eine Sache gut machen zu wollen und besser sein zu wollen als andere, sind zwei grundverschiedene Dinge.)

Mythos 3: Konkurrenz macht Spaß Es ist bezeichnend, dass bei Diskussionen über ökonomische Konkurrenz reflexartig der sportliche Wettbewerb bemüht wird, um zu beweisen, dass Konkurrenz normal und natürlich ist und Spaß macht. Abgesehen davon, dass es offenbar nicht überzeugt, dass ökonomische Konkurrenz Spaß macht, weshalb der Sport aushelfen muss: Selbst im Sport hört sich der Spaß für die meisten auf, wenn aus Spiel ein Wettkampf wird. Plötzlich geht es nicht mehr um den Prozess, sondern um das Ergebnis: das Siegen. Und das ist für die meisten nicht so lustig. Denn die meisten verlieren. Und selbst die, die gewinnen, erfahren nicht nur die Bewunderung, sondern meistens auch den Neid aller anderen, selbst der engsten Trainingskolleginnen. Der Sieg von heute kann, davon abgesehen, schon morgen einer Niederlage weichen. Deshalb schmeckt ein Sieg nicht wirklich süß. SpitzensportlerInnen müssen sich mit negativen Gefühlen wie Verbissenheit, Selbstzweifel und Angst vor Anerkennungsverlust herumschlagen. Hingegen gehen Menschen in Spielen, in denen es um den Prozess geht und bei denen niemand verlieren kann, regelrecht auf: Sie haben Spaß. In einer Studie bevorzugten zwei Drittel aller Burschen und alle Mädchen Spiele, bei denen niemand verliert, gegenüber Spielen, wo die einen gewinnen und die anderen verlieren.

Mythos 4: Konkurrenz wirkt charakterbildend Dieser Mythos rührt wohl daher, dass Konkurrenz scheinbar dazu führt, dass Menschen an sich arbeiten, um weiterzukommen. Doch das Ziel ihrer Arbeit ist ausschließlich das Besser- Sein als andere, das Siegen und Demütigen. Und das ist doch eine sehr merkwürdige Form des An-sich-Arbeitens. Studien zufolge zeigen erfolgreiche Sportlerinnen »wenig Interesse an Unterstützung und Fürsorge durch andere, ein geringes Bedürfnis, für andere zu sorgen und geringe Gruppenanschlussfähigkeit«. Eine andere Studie zeigt, dass »Freundlichkeit, Sympathie und Uneigennützigkeit« auffallend abwesend unter erfolgreichen Sportlerinnen sind. Eine dritte besagt, dass stark wettbewerbsorientierte Kinder weniger empathisch sind als schwächer wettbewerbsorientierte Kinder.¹¹⁰ Womit wird hier Charakter verwechselt? Mit blinder Zielorientierung und rücksichtsloser Durchsetzungskraft? Der Charakter kann nicht der große Nutznießer der Konkurrenz sein: Möchten Sie mit der wettbewerbsfähigsten Person im Dorf befreundet sein? Eben. Die Psychologin Karen Horney fasst zusammen: »Wettbewerbsorientierung führt zu Neid gegenüber den Stärkeren, zu Verachtung gegenüber den Schwächeren und zu generellem Misstrauen gegenüber allen.«¹¹¹

Mythos 5: Konkurrenz stärkt das Selbstwertgefühl Das glatte Gegenteil liegt vor: Wer Wettbewerb braucht, um sich gut zu fühlen, dem mangelt es offenbar an Selbstwert. Sie oder er fühlt sich nicht wert, ohne besser zu sein als jemand anderer. Wettbewerbsverhalten ist als Defizit-motivierte Charaktereigenschaft mehr eine Notwendigkeit als ein Bedürfnis. Je gesünder eine Person, desto geringer das Bedürfnis zu konkurrieren. Sportsoziologinnen berichten von charakterstarken Persönlichkeiten mit hohem Selbstwertgefühl, die Wettbewerbe aus Prinzip meiden. Wenn wir ein Verhalten als ungesund beschreiben, weil es Defizit-motiviert ist oder auf ein geringes Selbstwertgefühl zurückzuführen ist, dann ist *gesunder Wettbewerb* ein Widerspruch in sich. Wettbewerbsorientierte Personen sind weit davon entfernt, ein bedingungsloses Selbstwertgefühl zu haben. Sie sind übermäßig davon abhängig, wie gut sie bestimmte Dinge gemacht haben und was andere über sie denken. In einer wettbewerbsorientierten Kultur wie der unseren kennt jeder das Gefühl der Scham und des Selbstzweifels, wenn man einen Wettbewerb verloren hat. *Loser* ist zum weltweiten Schimpfwort geworden. In einer großangelegten Studienauswertung in Bezug auf die Auswirkung auf das Selbstwertgefühl besagten 87 Studien, dass Kooperation einen positiveren Effekt auf das Selbstwertgefühl hat als Konkurrenz, nur eine Studie kam zum gegenteiligen Ergebnis.

Kurz, Wettbewerb ist ein hochgradiges Charakter-, Beziehungs- und Gesellschaftsgift. Wir sollten ihn aus den politischen Programmen streichen und aus unserem kulturellen Wertekanon bannen. Kooperation führt erwiesenermaßen zu solidarischerem Verhalten und größerer Hilfsbereitschaft, zu stärkerer Freundschaftsbildung und Zuneigung, zu mehr Vertrauen und Sicherheit. Kooperation ist besser für die Persönlichkeitsentwicklung, sie macht mehr Spaß als Konkurrenz und verursacht weniger Stress. Wir sollten die Kooperation zum durchgängigen Prinzip des menschlichen Zusammenlebens machen: in der Nachbarschaft, in der Erziehung, in der Wirtschaft, in der Politik.

Kooperationsgruppen gründen

Je konsequenter wir uns vom Wettbewerb in allen Lebensbereichen verabschieden und Kooperation einüben, desto fruchtbarer wird der gesellschaftliche Boden für einen tiefgreifenden Systemwandel. Die Gesetze, die uns heute noch zur Konkurrenz anstacheln oder zwingen, kann niemand im Alleingang umschreiben. Hingegen kann jede und jeder eine Kooperationsgruppe gründen. Als Keimzelle einer überlebensfähigen, solidarischen Gesellschaft. Kooperationsgruppen bestehen zum Beispiel aus 15 bis 25 Personen, die in essenziellen materiellen Dingen kooperieren. Sie achten darauf, dass

alle Gruppenmitglieder mit Nahrung, Wohnung, Kleidung und Energie versorgt sind, und helfen einander in Notlagen. Sie bereiten sich auf mögliche Krisenszenarien vor:

- kein Strom (damit auch kein Internet und kein Handy)
- kein Benzin
- kein Gas
- leere Supermarktregale
- eine von drei oder vier Personen hat keinen Erwerbsarbeitsplatz mehr
- kein Geld mehr auf der Bank

Das sind Szenarien, die in den nächsten Jahren eintreten können. Inmitten der Finanzkrise haben wir die Energie- und Klimakrise vorübergehend etwas aus den Augen verloren. Sie wird mit umso größerer Wucht zurückkommen, und wir sollten vorbereitet sein. Die Regierungen scheinen handlungsunfähig geworden zu sein, was die Verhinderung weiterer Krisen betrifft. Somit liegt es an uns selbst - als freie Menschen. Wichtig ist die heterogene Zusammensetzung der Kooperationsgruppen. Insbesondere die Altersstufen sollten durchmischt sein und Personen mit besonderen Bedürfnissen, die nicht gleich viel geben können, wie sie selbst brauchen, aufgenommen werden - eine Mini-Solidargemeinschaft. Grundprinzip müsste auch sein, dass sich diese Gruppen nicht in Konkurrenz zueinander verhalten, sondern das Kooperationsprinzip universal leben. Sie sollten sich von Beginn an mit anderen Kooperationsgruppen vernetzen und kommunizieren, um im Krisenfall gemeinsam reagieren und einander ausgleichen und auch schwere Schocks aller Art möglichst elastisch abfedern zu können.

Der Hauptzweck dieser Gruppen besteht darin, dass wir das (wieder) erlernen, was der Menschheit von Beginn an das Überleben gesichert hat: gegenseitige Hilfe und Solidarität. Kooperation ist nicht nur die Voraussetzung für das Überleben der Menschheit, sondern für die gesamte Evolution. »Ohne das Gelingen von Kooperation kann nichts entstehen, was lebensstüchtig ist«, schreibt der Psychotherapeut und Neurobiologe Joachim Bauer.

Selbst wenn keines der möglichen Krisenszenarien eintritt, dann werden wir grundlegende Kulturtechniken erlernt haben: Achtsamkeit, Mitfühlen, Vertrauensbildung, gegenseitige Hilfe und Solidarität. Mit diesem Projekt kann jeder und jede heute beginnen, ohne Regierungs- und Systemwechsel. Der kommt umso wahrscheinlicher, je mehr Menschen diesen ersten - oder zehnten - Schritt tun.